

Datenschutz im Archiv der Universität Bremen (Referat 15)

I. Allgemeine Vorbemerkung

Das Universitätsarchiv Bremen ist eine zentrale Einrichtung der Universität Bremen. Es verwahrt Quellen zur Entwicklung und Geschichte dieser Hochschule, die bis in die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts zurückreichen. Der Zugang steht allen historisch interessierten Bürger*innen offen und ermöglicht auch private Nachforschungen.

Als öffentliche Einrichtung nehmen wir den Schutz Ihrer persönlichen Daten sehr ernst. Deshalb haben wir Maßnahmen getroffen, die sicherstellen, dass sowohl wir als auch unsere externen Dienstleister Ihre personenbezogenen Daten unter Beachtung der geltenden datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) beachten.

Die nachfolgende Erklärung gibt Ihnen einen Überblick darüber, wie das Universitätsarchiv den Schutz Ihrer Daten gewährleistet und welche Art von Daten zu welchem Zweck erhoben werden.

Im Zuge der Weiterentwicklung unseres Internetangebotes und der eingesetzten Technologien können Änderungen dieser Datenschutzerklärung erforderlich werden. Daher empfehlen wir Ihnen, sich die Datenschutzerklärung ab und zu erneut durchzulesen.

II. Verantwortung und Zuständigkeiten

Für die Datenverarbeitung im Sinne des Artikels 4 Nr. 7 EU-DSGVO ist die Universität Bremen verantwortlich:

1. Name und Anschrift des Verantwortlichen:

Universität Bremen

Rektorin Prof. Dr. Jutta Günther

Bibliothekstrasse 1-3

28359 Bremen, Deutschland

Tel.: +49 421 218-1

E-Mail: web@uni-bremen.de

Webseite: www.uni-bremen.de

2. Name und Anschrift des*der Datenschutzbeauftragten:

Datenschutzbeauftragte*r der Universität Bremen

Referat 06

Bibliothekstrasse 1

28359 Bremen, Deutschland

Tel.: +49 421 218-60217

Fax: +49 421 218-60210

E-Mail: datenschutz@uni-bremen.de

Webseite: www.uni-bremen.de/infportal-datenschutz

III. Zwecke der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und Rechtsgrundlage für die Verarbeitung

1. Zweck der Verarbeitung

Zweck der Datenverarbeitung ist es, die folgenden gesetzlichen Aufgaben zu erfüllen:

- a. die ordnungsgemäße und reibungslose Bearbeitung und Verwaltung von Archivanfragen,
- b. die Benutzung von Archivgut,
- c. die Verkürzung von Schutzfristen,
- d. die Übernahme von Vor- und Nachlässen und anderen Materialien privater Herkunft (Übernahmevertrag).

2. Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung und verarbeitete Datenkategorien

a) Archivanfragen

Die Kontaktaufnahme mit dem Universitätsarchiv geschieht telefonisch, postalisch oder per E-Mail. Bei der Kontaktaufnahme werden Ihre Daten zum Zwecke der Bearbeitung der Anfrage verarbeitet. Rechtsgrundlage der Verarbeitung von personenbezogenen Daten für Anfragen an das Archiv ist Artikel 6 Absatz 1,

Unterabsatz 1 lit. c und e DSGVO¹ in Verbindung mit § 1 Absatz 1 und § 7 Bremisches Archivgesetz² in Verbindung mit § 2 Absatz 2 Archivsatzung³. Es werden nur die für die Erfüllung des oben genannten Zwecks erforderlichen personenbezogenen Daten verarbeitet. Diese sind:

Vorname, Nachname, ggf. E-Mail-Adresse, ggf. Telefonnummer, ggf. Postanschrift sowie Inhalt der Anfrage

Die Postanschrift wird nur benötigt, wenn im Falle einer kostenpflichtigen Beauftragung des Archivs zum Zweck der Recherche oder Erstellung von Kopien eine Rechnungsstellung erfolgen muss.

b) Benutzung von Archivgut

Im Rahmen der Antragsstellung zur Archivnutzung erheben wir Ihre personenbezogenen Daten, um Ihnen die Nutzung des Archivs entsprechend §§ 3 und 4 unserer Benutzungsordnung⁴ zu ermöglichen. Wir verarbeiten die Daten auf dem Benutzungsantrag auf Grundlage Ihrer Einwilligung gemäß Artikel 6 Absatz 1, Unterabsatz 1 lit. b, c und e DSGVO. Für statistische Zwecke erheben wir Ihre Daten in anonymisierter Form, um eine Statistik über die Archivnutzung zu erstellen.

c) Antrag auf Schutzfristverkürzung

Auch wenn Sie einen Antrag auf Verkürzung der Schutzfrist stellen, verarbeiten wir Ihre im Formular erhobenen personenbezogenen Daten nur mit Ihrer Einwilligung, soweit dies zur Prüfung Ihres Antrags und zur Erteilung der Genehmigung auf Einsichtnahme erforderlich ist. Rechtsgrundlage für die Bearbeitung eines Antrags auf Verkürzung der Schutzfristen ist Artikel 6 Absatz 1, Unterabsatz 1 lit. b, c und e DSGVO in Verbindung mit § 7 Benutzungsordnung.

¹ Datenschutz-Grundverordnung, vollständiger Titel: Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG

² Gesetz über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivguts im Landes Bremen in der Fassung vom 7. Mai 1991 (zuletzt geändert am 2. April 2019)

³ Satzung des Archivs der Universität Bremen vom 9. März 2020

⁴ Benutzungsordnung für das Universitätsarchiv Bremen vom 9. März 202

d) Übernahme von Unterlagen privater Herkunft

Im Zuge der Übernahme von Unterlagen aus Privatbesitz werden personenbezogene Daten im Rahmen eines Übernahmevertrags und der dazu gehörenden Korrespondenz verarbeitet. Rechtsgrundlage für diese Verarbeitung ist Artikel 6 Absatz 1, Unterabsatz 1 lit. c und e DSGVO in Verbindung mit § 1 Absatz 1 Bremisches Archivgesetz in Verbindung mit § 2 Absatz 3 Archivsatzung.

Es werden nur die für die Erfüllung des oben genannten Zwecks erforderlichen personenbezogenen Daten verarbeitet. Diese sind:

Vorname, Nachname, Postanschrift, E-Mail-Adresse, ggf. Telefonnummer.

Die Angabe der Telefonnummer ist freiwillig. Es sind keine negativen Konsequenzen mit der Nichtbereitstellung dieser Daten verbunden. Allerdings kann die Nichtbereitstellung im Einzelfall die nachfolgende Kommunikation erschweren bzw. verzögern.

3. Dauer der Datenspeicherung

Ihre personenbezogenen Daten werden nach der Erhebung durch das Universitätsarchiv so lange gespeichert, wie dies für die jeweilige Aufgabenerfüllung und unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen und Archivierungspflichten erforderlich ist.

4. Empfänger der Daten

Zugriff auf die Daten haben nur die Beschäftigten der Universität, die diesen im Rahmen der ihnen übertragenen Aufgaben zwingend benötigen. Wir übermitteln Ihre Daten nur an Dritte (z. B. an Rechtsanwälte zur Durchsetzung offener Forderungen), sofern eine datenschutzrechtliche Übermittlungsbefugnis besteht.

Ihre Daten können von uns zudem an externe Dienstleister (z. B. IT-Dienstleister, die analoge Daten digitalisieren oder elektronische Daten archivieren sowie Unternehmen, die Daten vernichten oder analoge Daten für die dauerhafte Archivierung bearbeiten), welche uns bei der Datenverarbeitung im Rahmen einer Auftragsverarbeitung streng weisungsgebunden unterstützen, weitergegeben werden.

Eine Datenverarbeitung außerhalb der EU findet nicht statt.

Wir werden Ihre personenbezogenen Daten weder an Dritte verkaufen noch anderweitig vermarkten.

5. Ihre Rechte

Betroffene Personen haben das Recht auf Auskunft seitens der Verantwortlichen über die sie betreffenden personenbezogenen Daten sowie auf Berichtigung unrichtiger Daten oder auf Löschung, sofern einer der in Art. 17 DSGVO genannten Gründe vorliegt, z.B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden. Es besteht zudem das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, wenn eine der in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen vorliegt und in den Fällen des Art. 20 DSGVO das Recht auf Datenübertragbarkeit.

Werden Daten auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. e DSGVO (Datenverarbeitung zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde), steht der betroffenen Person das Recht zu, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Widerspruch einzulegen. Wir verarbeiten die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, es liegen nachweisbar zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung vor, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Ihre Datenschutzrechte können Sie bei der*dem Datenschutzbeauftragten (s. II.2.) geltend machen:

6. Beschwerderecht bei einer Aufsichtsbehörde:

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde für den Datenschutz, wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden Daten gegen datenschutzrechtliche Bestimmungen verstößt. Das Beschwerderecht kann insbesondere bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat des Aufenthaltsorts der betroffenen Person oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend gemacht werden.